

Antwort
der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Müller (Düsseldorf), Dreßler, Bachmaier, Bernrath, Conradi, Frau Dr. Däubler-Gmelin, Duve, Gansel, Gilges, Frau Luuk, Poß, Reuter, Schröer (Mülheim), Sieler, Frau Steinhauer, Vogelsang, Wartenberg (Berlin), von der Wiesche, Zeitler, Dr. Vogel und der Fraktion der SPD
— Drucksache 10/5843 —

Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit

Der Bundesminister des Innern – IS 2 – 612 200/1 – hat mit Schreiben vom 24. Juli 1986 die Kleine Anfrage namens der Bundesregierung wie folgt beantwortet:

Vorbemerkung

Der Begriff „Ausländerfeindlichkeit“ erscheint zu pauschal, um die komplexen Erscheinungsformen von negativen Einstellungen gegenüber Ausländern zu erfassen. Nach Auffassung der Bundesregierung sollte daher zwischen „Fremdenfeindlichkeit“ und allgemeinen „Vorbehalten gegenüber Ausländern“ unterschieden werden.

Fremdenfeindlichkeit, die auf Rassismus und übersteigertem Nationalismus basiert, manifestiert sich als ideologischer und irrationaler Haß gegen alles Fremdartige. Sie äußert sich in Drohungen, Hetzschriften, Schmierereien, Sachbeschädigungen und Anschlägen. Fremdenfeindlichkeit in diesem Sinne ist nur bei einem verschwindend geringen Teil der Bevölkerung anzutreffen. Gruppierungen der extremen politischen Rechten finden deshalb mit ihren Parolen „Ausländer raus“ kaum Resonanz in der Bevölkerung. Dies wird seit langem auch durch Wahlergebnisse belegt. Die Sicherheitsbehörden beobachten gleichwohl alle rechts-extremistischen Bestrebungen mit großer Sorgfalt.

Darüber hinaus betrachtet die Bundeszentrale für politische Bildung es seit ihrer Gründung als eine ihrer wesentlichsten Aufgaben, die Ursachen des Nationalsozialismus darzustellen und daran anknüpfend die psychologischen und soziologischen Vor-

aussetzungen für das Entstehen von Rechtsextremismus zu untersuchen. Insbesondere im Hinblick auf die jüngere Generation werden auch die „Informationen zur politischen Bildung“ für den Schulbereich herausgegeben, die u. a. die Ausländerproblematik im Zusammenhang mit rechtsextremistischer Agitation darstellen und bewerten.

Fremdenfeindlichkeit darf nicht verwechselt werden mit Vorbehalten gegenüber Ausländern, die in allen Ländern mit hohem Ausländeranteil entstehen. Ursachen hierfür sind u. a. die Situation auf dem Arbeitsmarkt, Tendenzen von Ausländern zur Getto-bildung, späte Einreise von Jugendlichen ohne deutsche Sprachkenntnisse und ohne deutschen Schulabschluß, Abkapselung von Ausländern aufgrund ihrer kulturellen Prägung, überdurchschnittliche Straffälligkeit von bestimmten Ausländergruppen und der Mißbrauch des Asylrechts durch Ausländer. Die Ausländerpolitik der Bundesrepublik Deutschland ist mit ihren Grundpositionen – Integration und Begrenzung des weiteren Zuzugs – auch darauf gerichtet, diesen Vorbehalten die Grundlage zu entziehen und den sozialen Frieden zu sichern.

Die Bundesregierung sieht sich hier jedoch auch zu dem Hinweis veranlaßt, daß nicht jeder, der kritisch argumentativ die wirtschaftlichen, rechtlichen, sozialen und kulturellen Aspekte der Ausländerproblematik erörtert, in einer freiheitlichen Demokratie als Extremist abqualifiziert werden darf.

Die einzelnen Fragen werden wie folgt beantwortet:

1. Wie bewertet die Bundesregierung die Aktivitäten und Forderung folgender rechtsextremer Gruppen (bzw. eventueller Nachfolgeorganisationen), die vor allem gegen ausländische Arbeitnehmer und ihre Familienangehörigen agieren und zudem oft Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus miteinander verbinden:
 - ☐ „Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei“,
 - ☐ „Bürgerinitiative Ausländerstop“,
 - ☐ „Deutsche Aktionsgruppen“,
 - ☐ „Schutzbund für das deutsche Volk“,
 - ☐ „Initiative für Ausländerstop“,
 - ☐ „Deutscher Bürgerschutz“,
 - ☐ „Aktion Ausländerrückführung“,
 - ☐ „Bürgerinitiative Demokratie und Identität“,
 - ☐ „Nationale Deutsche Arbeiterpartei“,
 - ☐ „Konservative Aktion“,
 - ☐ „Naturpolitische Volkspartei“,
 - ☐ „Bürgerinitiative Einwanderungsstop“,
 - ☐ „Volksbewegung gegen Überfremdung“,
 - ☐ „Demokratische Bürgerinitiative – unsere Zukunft“,
 - ☐ „Arbeitskreis Überfremdung“,
 - ☐ „Arbeitskreis Europa der Vaterländer“,
 - ☐ „Neue Ordnung“,
 - ☐ „Nationale Front“,
 - ☐ „Aktion Ausländerstop“ sowie
 - ☐ „Listen für Ausländerstop“ in verschiedenen Kommunen (z. B. die „Kieler Liste für Ausländerbegrenzung“) und Ländern?

Unter den genannten Organisationen befinden sich neben noch bestehenden rechtsextremistischen Gruppen solche, die vom Bundesminister des Innern bereits verboten wurden oder schon seit Jahren nicht mehr bestehen, und solche Vereinigungen, die nicht

als rechtsextremistisch eingeordnet werden können. Soweit von den noch bestehenden Gruppen – wobei es sich zum Teil um Kleinstgruppen handelt – fremdenfeindliche Aktivitäten ausgehen, verweise ich auf die grundsätzlichen Ausführungen in der Vorbemerkung.

2. Gegen welche dieser Organisationen laufen Verbotsverfahren?
Welche dieser Organisationen will die Bundesregierung verbieten?

Die „Aktion Ausländerrückführung – Volksbewegung gegen Überfremdung und Umweltzerstörung“ (AAR) wurde am 7. Dezember 1983 als Teilorganisation der neonazistischen „Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten“ (ANS/NA) vom Bundesminister des Innern verboten. Die neonazistische „Nationale Deutsche Arbeiterpartei“ (NDAP) ging 1981 in der „Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands/Partei der Arbeit“ (VSD/PdA) auf, die am 27. Januar 1982 vom Bundesminister des Innern verboten wurde. Weitere Verbotsmaßnahmen gegen in der Frage genannte Vereinigungen wurden nicht getroffen.

Zu konkreten Verbotsüberlegungen gegen Organisationen hat sich die Bundesregierung in der Vergangenheit – auch auf parlamentarische Anfragen – nie öffentlich geäußert. Dies unterblieb, weil einerseits der Hinweis darauf, daß Verbotsabsichten nicht bestehen, als Freibrief für weitere Aktivitäten der betreffenden Vereinigung verstanden werden könnte, andererseits der Hinweis auf ein beabsichtigtes Verbot eine unerwünschte Warnfunktion haben würde. Die Bundesregierung möchte diese Praxis auch weiterhin beibehalten.

Sie wird in Zusammenarbeit mit den Ländern die Entwicklung fremdenfeindlicher Tendenzen bei rechtsextremistischen Vereinigungen weiterhin sorgfältig beobachten. Falls die Voraussetzungen für ein Verbot extremistischer Vereinigungen vorliegen, wird die Bundesregierung, wie auch in der Vergangenheit, nicht zögern, über exekutive Maßnahmen zu entscheiden.

Die Bundesregierung setzt jedoch gegenüber den Gegnern der freiheitlichen demokratischen Grundordnung in erster Linie auf die Überzeugungskraft geistig-politischer Auseinandersetzung. Das Verbot einer extremistischen Vereinigung soll grundsätzlich nur als äußerstes und letztes Mittel zum Schutz der Verfassung eingesetzt werden.

3. Wie eng sind die personellen und ideellen Verbindungen der NPD und Wiking-Jugend zu ausländerfeindlichen Organisationen?

Die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) gründete 1980 die „Bürgerinitiative Ausländerstop“, die von ihr mit dem Ziel gelenkt wird, die Anti-Ausländer-Agitation der NPD zu unterstützen und dadurch neue Mitglieder und Wähler für die Partei zu gewinnen.

Die „Wiking-Jugend“ (WJ) unterhält etwa seit der Jahreswende 1984/85 enge Beziehungen zur „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei“ (FAP). Sie unterstützte die FAP 1985 bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen. Gemeinsame ausländerfeindliche Aktionen wurden bisher jedoch nicht bekannt.

4. Wie bewertet die Bundesregierung das „Hamburger Manifest der Deutschen Konservativen“ der Konservativen Aktion (KA)?

Die Bundesregierung sieht es nicht als ihre Aufgabe an, das „Hamburger Manifest der Deutschen Konservativen“ einer öffentlichen Bewertung zu unterziehen.

5. Wie das „Programm“ der „Initiative für Ausländerbegrenzung“?

Die „Initiative für Ausländerbegrenzung“ (I.f.A.) wurde 1980 als „Aktionsgemeinschaft“ der von dem Münchener Verleger Dr. Gerhard Frey geleiteten rechtsextremistischen „Deutschen Volksunion“ (DVU) gegründet. Das Programm wendet sich nicht gegen Asylbewerber schlechthin, sondern gegen „Scheinasylanten“, zu deren rascher Abschiebung „alle gesetzgeberischen und rechtlichen Möglichkeiten unserer freiheitlichen Grundordnung ausgeschöpft werden“ sollen. Dr. Frey wollte mit der Gründung der I.f.A. offenbar neue Beitragszahler, Spender und Bezieher seiner rechtsextremistischen Zeitschriften und sonstigen Verlagserzeugnisse gewinnen.

6. Welche Rolle bei der Propagierung ausländerfeindlicher Forderungen haben „Deutscher Anzeiger“ und „Deutsche National-Zeitung“?

Die Anti-Ausländer-Agitation der I.f.A. wird nahezu ausschließlich von Dr. Freys Wochenschriften betrieben, der „Deutschen National-Zeitung“, dem „Deutschen Anzeiger“ und neuerdings auch der „Deutschen Wochen-Zeitung“, die Dr. Frey Anfang 1986 erwarb.

7. Sind nach Auffassung der Bundesregierung die rassistischen Aussagen der Professoren Schröcke (München), Schade (Düsseldorf) und Hepp (Osnabrück), die im „Schutzbund für das deutsche Volk“ mitarbeiten, zu billigen?

Die Frage läßt nicht erkennen, welche Aussagen der Professoren Schröcke, Schade und Hepp gemeint sind. Im übrigen ist es nicht Aufgabe der Bundesregierung, Meinungsäußerungen von Einzelpersonen zu kommentieren.

8. Sind der Bundesregierung die Untersuchungen bekannt, die sich mit den verschiedenen Formen der Ausländerfeindlichkeit befassen, und wie steht sie dazu?

Der Bundesregierung ist eine Vielzahl von Untersuchungen (Meinungsumfragen, wissenschaftliche Abhandlungen, Dokumentationen) bekannt, die sich mit Fragen der „Ausländerfeindlichkeit“ befassen und die sie in ihre Überlegungen einbezieht. Ein Teil dieser Untersuchungen neigt allerdings dazu, den Begriff der „Ausländerfeindlichkeit“ übermäßig auszudehnen. Hierzu wird auch auf die Vorbemerkung verwiesen.

Im übrigen hat die im Dezember 1985 veröffentlichte Umfrage „Einstellungen der deutschen Bevölkerung zu aktuellen Problemen der Ausländerpolitik“, die das Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag des Bundesministers des Innern durchgeführt hatte, sehr deutlich ergeben, daß sich die tatsächlichen, überwiegend freundlichen Einstellungen von Deutschen zu Ausländern und die weitgehend von den Medien geprägte Meinung über angeblich vorhandene negative Einstellungen von Deutschen zu Ausländern in keiner Weise decken.

9. Teilt sie die Auffassung, daß hierfür insbesondere gesellschaftliche Mißstände wie Jugendarbeitslosigkeit und fehlende Lebensperspektive eine entscheidende Ursache sind?

Nach Auffassung der Bundesregierung ist die Aussage, „Gesellschaftliche Mißstände wie Jugendarbeitslosigkeit und fehlende Lebensperspektive“ seien „die entscheidende Ursache“ für „verschiedene Formen der Ausländerfeindlichkeit“, nicht zutreffend. Ursache ist vielmehr eine Vielzahl von Faktoren. Ob jugendliche Arbeitslose für rechtsextremistische fremdenfeindliche Parolen besonders anfällig sind, kann nicht abschließend beurteilt werden. Tatsache ist, daß das Problem der Arbeitslosigkeit von Deutschen im Vordergrund der Agitation der Rechtsextremisten gegen Ausländer steht. Die Jugendarbeitslosigkeit wird dabei nicht besonders herausgestellt.

